agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

AMERICA/NICARAGUA - Bischof von Esteli beklagt unterschwellige Unterdrückung

Managua (Fidesdienst) – “Ich habe bereits beklagt, dass nicht nur mein Telefon abgehört wird, sondern auch eine heimtückische Verfolgung stattfindet. Man darf nicht offen und ehrlich seine Meinung sagen, ohne dass man von den Behörden verfolgt wird.”, so Bischof Juan Abelardo Mata Guevara, SDB, von Esteli (Nicaragua), der auch Vorsitzender des Menschenrechtsverbandes in Nicaragua (ANPDH) ist. Mit seiner Anklage bezieht sich der Bischof auf die Verbreitung falscher Bereichte über ein angebliches Treffen zwischen Vertretern des ANPDH und Gegnern des Präsidenten Daniel Ortega in Honduras, an dem auch der Bischof als Mittler zwischen den beiden Parteien teilgenommen haben soll. Die Delegation des ANPDH sei tatsächlich nach Honduras eingereist, wo sie sich den staatlichen Grenzkontrollen unterziehen musste, wobei auch Mitarbeitern des Geheimdienstes anwesend waren. Über den tatsächlichen Verlauf des Treffens berichtete auch die Tagezeitung La Prensa, während regierungsnahe Berichterstatter mit einer fälschlichen Darstellung auch die Kirche in Misskredit brachten. In einer Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt, betont der Bischof von Esteli: “Sollte etwas gegen uns vorliegen, dann wäre es normal, dass man bei uns anruft und versucht, die Angelegenheit auf offiziellem Weg zu klären, womit eine Situation, wie sie gegenwärtig herrscht verhindert werden könnte“. "Man will uns in Misskredit bringen, dam an den Aufschrei eines ganzen Volkes nicht zum Schweigen bringen kann und der Missmut im ganzen Land zunimmt. In gewisser Weise will man einen Sündenbock finden, indem man denjenigen falsche Anschuldigungen anlastet, die wirklich versuchen, Stimmlosen eine Stimme zu geben“, so der Bischof weiter. Im Hinblick auf eine mögliche Vermittlung zwischen der Regierung und oppositionellen Gruppen hatte Bischof Juan Abelardo Mata Guevara betont: “Es würde die Möglichkeit eines Dialogs bestehen, doch dabei soll es nicht darum gehen, Vorteile zu erlangen, denn es geht nicht um Privilegien, sondern nur um ein friedliches Arbeiten”. „Als Hirten dürfen wir nicht zusehen, wie man unser Volk tötet, ohne etwas dagegen zu tun. Man darf Bürger nicht unterdrücken, nur weil sie gegen die Regierung sind", so der Bischof abschließend. (CE) (Fidesdienst, 21/10/2013)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it